#DankeIngo

Liebe Bischemerinnen und liebe Bischemer, die Corona-Pandemie hat bei uns allen zu großen Einschnitten geführt. Lockdown, Schließung von Kitas und Schulen, Homeoffice, Abstandsregelung, Schließung von Gastronomie und Sportstätten, Hamsterkäufe, Mund-Nasen-Schutz, das sind alles Themen, die auch das Leben in Bischem sehr verändert haben. Coronasoforthilfe von Bund, Land und Kreis wurde aufgelegt und maßvolle und sinnvolle Lockerungen wurden inzwischen ermöglicht. Wir alle hoffen auf eine schnelle Besserung der weiteren Bedingungen. Corona ist für sehr vieles verantwortlich und dafür haben wir Verständnis. Aber nicht für alles!



Ingo Kalweit hat im Jahr 2017 nach jeweils einem Praktikum in Rüsselsheim und Ginsheim-Gustavsburg den Posten als Bürgermeister übernommen. Für ihn ist in diesem Sommer nach drei Jahren Halbzeit in der Amtszeit. Das ist Anlass für uns Sozialdemokraten, Bilanz zu ziehen. "Kalweit kümmert sich", wurde im Bürgermeister-Wahlkampt versprochen. Zahlreich waren die Themen, die ein "Kalweit kümmert sich" angehen wollte. Lassen Sie uns mal gemeinsam überlegen, was davon in den vergangenen drei Jahren in der Gemeinde Bischem angekommen ist.

Da wäre die versprochene Sanierung des Bürgerhauses. Immer in den Sommerferien sollte sie stückchenweise kostengünstig vorgenommen werden: Fehlanzeige – bis heute keine Aktivitäten, aber 4 Mio. Fördermittel des Landes drohen der Gemeinde darüber verloren zu gehen.



Da wären der Neubau der Kita Schulstraße und die Umwandlung der Neuapostolischen Gemeinde zur Kita: Fehlanzeige seit drei Jahren!

Da wäre die dringend erforderliche Sicherstellung der Barrierefreiheit am Bahnhof durch funktionierende Aufzüge:

Da wäre die Sicherung der Kleingärten durch Bebauungsplanung, die Menschen in den Gärten warten darauf: Fehlanzeige und die Zeit läuft davon! Man traut sich kaum nach der Bücherei und dem Jugendhaus zu fragen, denn auch hier: Fehlanzeige!

Unter dem Strich der Bilanz steht als Summe "verwalten statt gestalten": Erreicht wurde gar nichts.

Das waren für die SPD in Bischem genug Gründe, beim Haushalt 2020 erst mal auf die Bremse zu treten und ihn abzulehnen. Die SPD-Fraktion hat aber Druck gemacht. Wichtige Vorhaben für Bischofsheim, die längst angegangen sein sollten, dürfen nicht bis nach der Sommerpause verzögert werden, forderten die Sozialdemokraten und haben darum die Gemeindevertretung zu einer Sondersitzung in der Sommerpause zusammenkommen lassen. Thema war ein von der SPD vorbereiteter Antrag, der Bürgermeister Ingo Kalweit aufforderte, die dringenden Vorhaben jetzt in die Wege zu leiten, statt sie weiter zu verschleppen.



Es handelte sich um Maßnahmen, die von der Gemeindevertretung beschlossen und vom Bürgermeister entgegen seiner Amtspflicht nicht umgesetzt wurden. Seine jüngste Begründung dafür war, dies sei nicht ohne beschlossenen Haushalt für das laufende Jahr möglich. Das ist schlicht falsch, denn alle diese Punkte hätten im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung umgesetzt werden können



Die Behauptung des Bürgermeisters mit schwimmenden Fellen in Sachen Haushalt 2020, dass "die Defibrillatoren im Rathaus aufgrund eines fehlenden Haushaltes nicht angeschafft werden können, und damit die SPD Schuld sei, wenn ein Mensch deswegen stirbt" gerät für uns zur anekdotischen Wahrheit. Zeigt sie doch ein gewogenes Maß an Unkenntnis – oder Populismus – des Bürgermeisters. Diese Anschaffung war schon in den Vorjahren beschlossen worden und damit finanziert und umsetzbar. Lesen Sie in diesem "stampes" wo und warum der Bürgermeister augenscheinlich keinen Plan für Bischofsheim hat. Wir haben einen. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung. Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund

Ihre Kerstin Geis

Herr Bürgermeister: Wie geht's weiter in Bischofsheim?

Wenn man sich die vergangenen Monate im Gemeindeparlament so anschaut, dann muss man mit Bedauern feststellen, dass viel geredet wird jedoch nichts passiert. Wir unterhalten uns über Monate über den neuen Haushalt, bei dem die Planzahlen immer wieder geändert werden und somit keine Grundlage für eine zukunftsweisende Beschluss-

Jetzt wäre der passende Zeitpunkt sich zu überlegen wie es mit Bischofsheim in den zwanziger Jahren weitergehen kann. Doch hier meldet der Rathauschef "Fehlanzeige". Es passiert nichts sondern es staut sich immer mehr auf. Die Beratungen werden emotionaler geführt, anstelle sich mit der Sache zu beschäftigen.

Es bringt nichts, wenn Herr Kalweit damit droht, dass Menschen zu Tode kommen können, wenn man keinen Haushalt hat. Ich erwarte von einem Bürgermeister, der drei Jahre im Amt ist, dass er weiß wie man auch im Rahmen von vorläufiger Haushaltsführung ein Rathaus am Laufen halten kann. Ein Blick in andere Kommunen im Kreis zeigt

Ein Bürgermeister sollte seine Vorstellungen für die Zukunft "seiner" Gemeinde formulieren und sie dann umsetzen. Im Wahlkampf hat Kerr Kommunen überlässt, selbst zu entscheiden, ob sie an einer Kalweit dies vollmundig getan. An der Umsetzung jedoch scheitert er immer wieder. In so mancher Sitzungsrunde weiß man nicht wer wen festhalten oder eine "Integrations-Kommission" einführen. eigentlich treibt oder wohin es überhaupt geht. Mir stellt sich die Frage ob der Bürgermeister eigentlich noch Herr in seinem Haus ist.

> Viele durch die Gemeindevertretung beschlossenen Anträge werden seit drei Jahren nicht umgesetzt. Rückfragen werden ausweichend beantwortet. Es gibt Vorgänge, die bereits seit 2018 im Rathaus zur Bearbeitung liegen, aber keiner fühlt sich dafür verantwortlich. Fördergelder werden gefährdet und verfallen. Konkrete Planungen für wichtige Projekte in Bischofsheim werden nicht vorgelegt.

Wir als Parlament würden gerne unserer Aufgabe als Mitgestalter für die Gemeinde nachkommen. Doch wir werden immer wieder ausge-

Daher fordern wir von Bürgermeister Kalweit: • Zeitnahe Informationen über den aktuellen Sachstand eines Antrags bis zur Umsetzung, so dass man genau erkennen kann, wie und wann es weitergeht

• Konzepte für Bischofsheim die tragbar sind und auf Dauer ausgelegt sind

• Haushalte, die auch für die nächsten Jahre tragbar sind und nicht immer nur eine Belastung des Bürgers darstellen.

In den letzten Tagen im Juli haben wir dafür gesorgt, dass Bischofsheim auch für 2020 einen Haushaltsplan erhält – so wie 2019, 2018 und in den Jahren davor.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht – jetzt ist der Rathauschef dran. Schauen sie mal auf die Rückseite dieses "stampes" – an vielen Beispielen haben wir aufgezeigt, wo sich in den vergangen drei Jahren nicht viel getan hat.

Viele Grüße – und bleiben Sie gesund

Rüdiger Maurer

Mit guten Vorsätzen, Engagement und einigem Fachwissen

Die Arbeit in der Gemeindevertretung aus Sicht unseres Mitgliedes Rainer Lenhard Zu Beginn des Jahres 2020 bin ich mit viel Energie, Ideen, Dringend erforderlich ist ein Verkehrskonzept für die gesam-

Willenskraft und einer gewissen Freude auf die bevorstehenden Aufgaben als Mitglied der SPD-Fraktion in die Gemeindevertretung Bischofsheim nachgerückt. Alle Sitzungen bis zum Juli waren gefüllt mit dem Thema "Verabschiedung eines Haushaltsplanes für 2020" Was niemand vorhersehen konnte, waren ausfallende Sitzungen auf Grund der Corana-Problematik. Dadurch gab es immer wieder Verzögerungen bei der Verabschiedung des Haushalts 2020 und immer wieder neue "Ideen" Für mich war sehr schnell klar, dass viele Beschlüsse der Gemeindevertretung aus den Vorjahren noch nicht umgesetzt waren! Es erforderte sehr viel Zeit und Geduld in den stattfindenden Sitzungen der Ausschüsse und der Gemeindevertretung immer wieder den Bürgermeister als Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf diese Problema

Für mich ergab sich nach kurzer Zeit der Eindruck, dass es wieder mal gut war, dass über die Umsetzung von Beschlüssen gesprochen wurde, aber es tat sich nichts oder nur wenig!

In Sitzungsunterlagen und in einer Mitteilung der Bauverwaltung fand ich z.B. den Hinweis, dass der notwendige Abriss der "Pekingbrücke" wegen der verschiedensten Absprachen mit Leistungsträgern im Frühjahr dieses Jahres erfolgen sollte. Den Bürgermeister daraufhin angesprochen, ergab von seiner Seite die klare Antwort, dass die Brücke Ende April bis in den Mai hinein abgerissen wird. Die Mittel für den Abriss stehen zur Verfügung, aber wir alle wissen, dass sich bis heute nichts getan hat. Als die SPD-Fraktion wegen der Abrissverzögerung nachgefragt hatte, gab es von Seiten des Bürgermeisters die Information, dass der Angebotspreis für den Abriss über den bereitgestellten Finanzmitteln im Haushalt lag. Trotz dreimaliger Nachfrage konnte von ihm bis zur Sitzung am 28.07.2020 keine Auskunft über den notwendigen Mehrbedarf an Finanzmitteln gegeben werden.

Was den Damen und Herren der Gemeindevertretung vorenthalten wurde, ist die Tatsache, dass der Kreis Groß-Gerau das Radwegenetz erhalten sowie ausbauen möchte und Chancen sieht, wie bis zu 70% Fördermittel für eine Umnutzung der "Pekingbrücke" als Fahrradbrücke an die Gemeinde zurückfließen können. Es ist wichtig, dass nun rasch eine Beschlussvorlage mit Fakten von Seiten des Bür germeisters vorgelegt wird, damit die Kosten nicht noch weiter steigen und dies immer zu Lasten der Einwohner von Bischofsheim.

Eine besondere Priorität hat für mich ein Realisierungsund Finanzierungskonzept zum "Bereich Attich/Schulstraße", das sehr rasch in Auftrag gegeben und den gemeind lichen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden muss. In diesem Bereich unserer Gemeinde wird es in den kommenden Jahren sehr viele bauliche Veränderungen geben: Wohnbebauung, Familienzentrum mit Kindergarten, neue Ratsstube, Mensa usw.

te Kommune, um besondere Gefahrenstellen zu entschärfen. Es muss möglich sein, das Thema "Sicherer Kindergarten- und Schulweg" nicht nur anzusprechen, sondern den Weg auch sicher

Nach der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2020 sind hoffentlich die Weichen dafür gestellt, dass nun rasch eine Entscheidung zur zukünftigen Nutzung des Bürgerhauses herbeigeführt wird. Ich vertrete nach wie vor die Meinung, dass ein Neubau gegenüber der Sanierung auf Neubaustandard die wirtschaftlichere Lösung, bezogen auf die nächsten ca. 40 Jahre, darstellt. Aber, dazu muss ein Gutachten Auskunft geben, ebenso, falls notwendig, über einen anderen Standort für ein neues Bürgerhaus.

Corona/Covid und wie die Begriffe alle lauten ist eine harte Bewährungsprobe vor der die Menschheit immer noch steht!

Es gab und so hatte ich das auch festgestellt Hoffnung, dass die Menschen wieder menschlicher miteinander umgehen. Viele Ansätze im März waren sehr positiv und teilweise sind sie es noch

Aber, und das ist meine Feststellung in den letzten Wochen: Es bläst zum Teil schon wieder ein starker Wind ins Gesicht all denjenigen, die gerne etwas verändern/verbessern oder auch nur vermenschlichen wollen. Deshalb ist es wichtig, dass Begriffe wie Vertrauen schaffen, den/die Andere/n respektieren (auch wenn er/ sie mal eine andere Meinung hat) wieder zum normalen Umgang

Dies oder so ähnlich sind Begriffe, die der BGM anlässlich des TOP "Durchführung von Ausländerbeiratswahlen" bei der vorletzten GVE-Sitzung hervorgehoben hatte. Der Redebeitrag war gut, nein, er war sehr gut! Ich, wie viele andere Mitglieder der Gemeindevertretung auch, haben ihm für seine klaren Worte applaudiert, das ist die Wahrheit. Meine Fraktionskollegin Samira hatte in der Sitzung bereits auf eigene Erfahrungen hingewiesen, als sie für sich Beistand in Sachen Diskriminierung erwartet hätte. Als ich in der letzten HFA-Sitzung intensiv darauf hingewiesen hatte, dass der Bürgermeister gemäß Hessischer Gemeindeordnung (HGO) der Gemeindevertretung zuarbeiten muss, damit Beschlüsse vorbereitet und Entscheidungen getroffen werden können, musste ich nach der Sitzung erfahren, dass mich ein Mitglied der Gemeindevertretung in der Öffentlichkeit als "Drecksack" tituliert. Und dies obwohl ich, so in der HGO nachlesbar, nur die Wahrheit in Sachen Aufgaben des Gemeindevorstandes gesagt hatte.

Schade, eine solche "Anfeindung" macht mich sehr unruhig und ich stelle fest: "Wehret den Anfängen!"

Die Aussage kam von einem Menschen, den ich bis heute sehr schätze und achte, da er sehr viel für das Gemeinwohl in Bischofsheim getan hat.

Aber ich bleibe weiterhin bei meinem Weg der Wahrheit und Einsatz für meine Überzeugung und versuche in der Zeit, in der ich in der Gemeindevertretung tätig bin, für die Menschen in Bischofsheim noch einiges zu erreichen. Dazu bedarf es eines funktionierenden Kompasses, um die Richtung vorgeben zu können. Dies wünsche ich so manchem politischen Entscheidungsträger in Bischofsheim.

Die Hängepartie war nur noch peinlich:

Bischofsheim hat einen Haushalt

"Unsere Gemeinde macht sich zum Gespött in der ganzen Region" sagt die Bischofsheimer SPD-Vorsitzende Kerstin Geis mit Blick auf die seit Wochen andauernde Hängepartie um den Haushaltsplan 2020 der Gemeinde. Knapp ein halbes Jahr pendelte er in den Gemeindegremien, ohne dass es eine finale Beschlussfassung gab. In den letzten Julitagen fand auf Initiative der Sozialdemokraten eine Sondersitzung der Gemeindevertretung statt und jetzt hat auch unsere Gemeinde einen beschlossenen Etat.

"Die Verantwortung, dass dies Monate dauerte liegt allein am amtierenden Bürgermeister", so die Landtagsabgeordnete, die daran erinnert wie vollmundig Kalweit im Rathaus begonnen habe. "Der hat sich damit geschmückt die SPD und Bürgermeisterin Ulrike Steinbach abgewählt zu haben und ein neues Zeitalter mit einer bürgerlichen Mehrheit verkündet". Das Bündnis mit den Freien Wählern habe jedoch nicht einmal ein Jahr gehalten. "Kalweit (CDU) und sein Stellvertreter Rothenburger (BFW) haben sich danach vor Gericht auseinandergesetzt und die BFW hat sich in drei Gruppen gespalten", so Fraktionsvorsitzender Rüdiger Maurer, "das bürgerliche Bündnis war Geschichte". Kalweit habe danach nach einer Gestaltungsmehrheit gesucht und zwei Mal habe ihm die SPD dabei aus der Haushaltspatsche geholfen.

"Es gab keine Forderungen von unserer Seite aus", so Rüdiger Maurer, "nur Kalweit habe einfach nichts getan". Und dann zählt er auf: "Pekingbrücke nicht abgerissen und Radbrücke nicht gebaut", "Kleingärten am Friedhof nicht legalisiert", "Jugendhausdach nicht repariert", "Familienzentrum verschleppt", "KITA am Alten Kostheimer Weg im Dörnröschenschlaf" "Aufzüge am Bahnhof immer wieder kaputt", "Bürgerhaus drei Jahre ohne Fortschritt", "Baugebiet am Wasserturm ohne Fortschritt". Diese Liste lässt sich nach Ansicht des stellv. Fraktionsvorsitzenden Karsten Will problemlos erweitern, "wenn Ingo Kalweit sagt, dass er dies nicht tun dürfe - weil er keinen Haushalt habe - dann sagt er einfach die Unwahrheit". "Es gab genügend Geld in den Haushalten 2018 und 2019 dafür, doch er tut einfach nichts".

"Wir haben ihm aufgezeigt, was zusätzlich im Rahmen einer sogenannten vorläufigen Haushaltsführung möglich ist", so Rüdiger Maurer, "im Gegensatz zu anderen Bürgermeistern im Kreis Groß-Gerau legt Herr Kalweit diese aber bewusst kleinlich aus, um sein Nichtstun zu kaschieren. "Kalweit sieht nur seine Interessen und nicht die seiner MitbürgerInnen in der Gemeinde" – fasst Kerstin Geis die Ereignisse der vergangenen Wochen zusammen. "Der Gipfel war dann, als er uns vorgeworfen hat, wir wären für den Tod von Menschen verantwortlich, da es im Rathaus keine Defibrillatoren gäbe - das ist nicht nur falsch, sondern niederträchtig", so Geis.

"Die Halbzeitbilanz dieses Bürgermeisters (Kalweit ist in diesem Sommer drei Jahre im Amt) ist unterirdisch", so Karsten Will "er bringt nichts auf die Kette und sucht die Schuld nur bei anderen". Aus Sicht der SPD ist klar: CDU und BFW haben sich nach der Kommunalwahl mit ihrer Einstimmenmehrheit alle Entscheidungsschnittstellen in der Kommune gesichert und halten nach dem Bruch ihrer Kooperation weiter daran fest.



"Aus der Opposition heraus können wir die Arbeit von Herrn Kalweit nicht machen, wir tun aber alles dafür, dass dieser Stillstand endlich ein Ende hat. Jetzt haben wir einmal mehr den Haushalt der Gemeinde beschlossen. Noch einmal drei Jahre mit "Tutnix Ingo" verkraftet unsere Gemeinde nicht", so Rüdiger

Dieser Haushalt trägt in weiten Teilen die Handschrift der SPD. Zu den bereits umfangreichen Antragspaketen hatte die SPD-Fraktion für die Sondersitzung des Gemeindeparlamentes einen weiteren Antrag vorgelegt, mit dem der Handlungsstau aufgelöst werden soll. Dabei geht es um das Entwicklungsgebiet "Im Attich", rund um Schule, Ratsstube, Familienzentrum, Jugendhaus, Kindertagesstätte und Neubaugebiet.

Dies muss zusammen betrachtet und entschieden werden. "Da es hierfür eine Mehrheit im Parlament gab, hat Bischofsheim auch wieder einen Haushalt", so Kerstin Geis - eines werden wir aber jetzt konsequent machen: monatlich von Herrn Kalweit einen Bericht über den Stand der Umsetzung einfordern.

"Er muss liefern und nicht nur reden", so Rüdiger Maurer abschließend.

Sozialdemokraten Ihrer Wahl 6. Grillbesteck

Rätselecke

Schwarz-Grün schafft demokrati-

Offener Brief an eine offene Gesellschaft

sches Modell der Ausländerbeiräte ab

Zuletzt im Ausländerbeirat der Gemeinde Bischofsheim:

Die gewählten Vertreter der Bürger aus Nicht-EU-Staaten

sind entsetzt. CDU und Grüne pauken mit ihrer einen

Stimme Mehrheit im Landtag ein Gesetz durch, das den

demokratisch zusammengesetzten Ausländervertretung

"Ich befürchte, dass dann unbequeme Beiräte abgeschafft

der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH), Stefan Zelder,

öffentlich tagenden Kommission zukünftig handverlesen

In Bischofsheim wurde mittlerweile anders entschieden,

nämlich auf Empfehlung der SPD, im nächsten Jahr paral

lel zur Kommunalwahl die Wahl eines Ausländerbeirates

kommunale Aufgabe und die politische Beteiligung aller

Bürger von großer Bedeutung für eine lokale Identität. Die

Sozialdemokraten waren es schon vor Jahren, die darüber

In einer offenen Gesellschaft, darf niemand ausgeschlossen

werden! Das machen die Vereine vor, das ist das Credo der

zuletzt mit dem Bürgerpreis ausgezeichneten "Flüchtlings-

hilfe", das wird auch so im nächsten Kommunalwahlpro-

Ich appelliere an alle Bischemer, egal welcher Herkunft,

machen Sie von Ihrem demokratischen Recht Gebrauch:

Gehen Sie am 14. März 2021 wählen! Und ermuntern Sie

stärken, Gemeinde zu gestalten und Demokratie zu wagen

- wider rassistischer Tendenzen und nationalistischer Pro-

Ihre Nachbarn, auch die ausländischen, die Gremien zu

paganda, für gelebte Toleranz und kulturelle Vielfalt.

hinaus für ein kommunales Wahlrecht von Ausländern

wieder möglich zu machen. Denn Integration ist eine

benennen kann, und das sei ein "böser Rückfall in die mig-

der in Bischofsheim zu Gast war. Die AGAH moniert,

dass der Gemeindevorstand die Mitglieder der nicht

rationspolitische Steinzeit".

gramm der SPD stehen.

Professor Dr. Wolfgang Schneider

werden", warnte der Koordinator der Arbeitsgemeinschaft

Senden Sie das Lösungswort an: "stampes"-Redaktion Gerhard Reichmann Auf dem Wörth 12 65474 Bischofsheim

Als Preise winken:

Abendessen für zwei Personen mit einer Sozialdemokratin / einem

. Armbanduhr

3. Funkgrillthermometer 4. Füllhalter von Lamv

5. LED-Lichterkette

7. Werkzeugset

8. Romme Canasta Bridge Kartenspiel 9. Weinpräsent 10. Original "stampes"-T-Shirt

Einsendeschluss: 15. Oktober 2020

unter- kunft	Staat der USA	Sonnen- gott	'	regulär	Torheit	,	pracht- voll	Tänzer	von drei Personen	form	Besucher
-	-	V					kleine Brücke	- 1		V	•
anerken- nende Worte	-			lat. Name Öster- reichs	-		10				
-							Zahl- wort	-			9
Entdecker des "Titanic"- Wracks		männl. Vorname		Bericht, Meldung	-			7			
Ofenver- kleidung	-	_	3				großer Fluss		fröhlich, heiter		Gatte, Ehemann
_	8)		Freiherr		wunsch- los glücklich	> V		V		V
freudiger Ausruf	nau- tisches Längen- maß		Heil- maß- nahme	- v						4	
Halbinsel Ägyptens					11	Haufen- wolke		ältester Sohn Noahs (A. T.)	-		
~			norddt.: lange Meeres- bucht		Skat- ausdruck	*			\bigcirc 5		
best. Artikel (3. Fall)		altrö- mischer Markt- platz	- V					Ge- treide- blüten- stand		nicht außen	
					Nord- atlantik- pakt (Kurzw.)		flink, beweg- lich	-		V	
alt- ägyp- tischer Gott		Araber- hengst bei Karl May		Fuge, Ein- fräsung	-			12	Teil eines Theater- stückes		Durch- schein- bild (Kurzw.)
wirk- lich- keits- fremd	-	•	13				Teil des Armes	-			
Hautfalte am Auge		\bigcirc 2		Staat in Südost- europa u. Asien	-						□®
unver- heiratet	-					\bigcirc 6	europ. Vulkan (Landes- sprache)	-	14		s1216-58
1 /	2 3	4	E	6	7	0	0	10 1	1 12	13	1.1
1 2	2 3	4	5	6	7	8	9	10 1	1 12	13	14

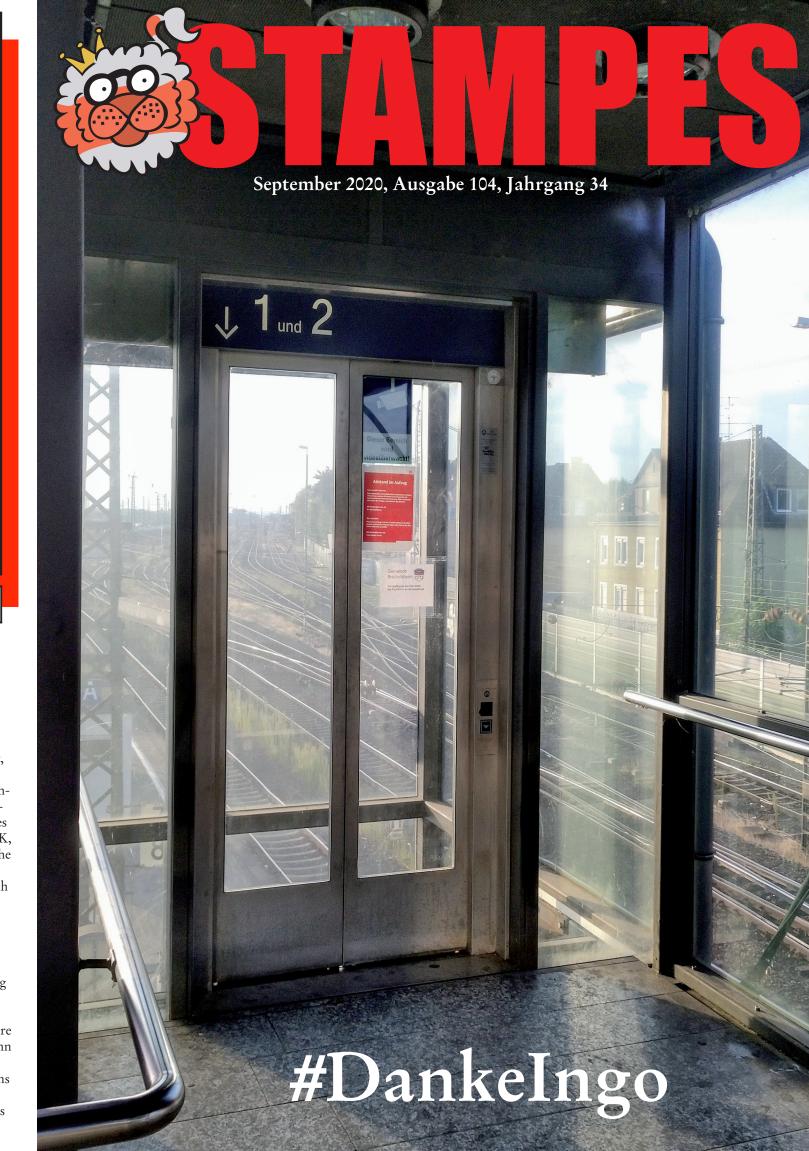
Corona, Covid und was man bedenken sollte Gedanken von Gunther Schneider

Seit Februar/ März dieses Jahres bestimmt das neuartige Corona-Virus und die dadurch ausgelöste Krankheit Covid-19 unser Leben in all seinen Aspekten. Corona hier, Corona dort. Es wurde schon viel gesagt und geschrieben und es wird noch mehr kommen. Über einen Punkt hat man leider nicht ganz so viel gelesen – Woher das Virus kommt. OK, wahrscheinlich sprang das Virus erstmals auf einem Markt in Wuhan auf den Menschen über. Andere Erklärungen gehen von böser Absicht entweder durch "die Regierung" oder durch Bill Gates aus. Nun ia... Dann gibt es noch die Theorie, das Virus sei in einem Regierungslabor in Wuhan gezüchtet und (unbeabsichtigt) freigelassen worden. Das wurde nicht widerlegt, aber noch weniger bewiesen. Ich persönlich schließe mich der Meinung von Fachleuten an, also Biologinnen und Biologen weltweit, die der Meinung sind: Wir sind alle daran schuld weil wir verantwortungslos und egoistisch mit diesem unserem Planeten umgehen (meine Interpretation). "Covid-19 ist eine Zoonose, das sind Infektionskrankheiten, die wechselseitig zwischen Tieren und Menschen übertragen werden können. Laut einer in der Fachzeitschrift "Nature" veröffentlichten Studie haben 60 Prozent der sogenannten neu auftretenden Infektionskrankheiten einer zoonotischen Ursprung. Die Mehrheit dieser Zoonosen, nämlich über 70 Prozent, kommen von Wildtieren. In den

letzten 20 Jahren konnte man einen Anstieg von zoonotischen Infektionskrankheiten feststellen Sehr allgemein

lässt sich sagen, dass die Nähe von Mensch und Tier dafür

verantwortlich ist. Zum einen dringt der Mensch immer weiter in den Lebensraum von wilden Tieren ein. Regenwald wird gerodet, um Rohstoffe zu gewinnen und neue Flächen für die Nutztierhaltung zu schaffen. Wo aber der Lebensraum von Wildtieren beginnt, kommt es zu verstärktem Kontakt von Tieren untereinander und von Wildtieren und Menschen. Für den Menschen bisher unbekannte Krankheitserreger schaffen es so, sich aus ihren historischen Verbreitungsgebieten wegzubewegen." (Zusammenfassung eines Textes auf der Homepage der WDR-Wissenschaftssendung "Quarks".)OK, das ist recht oberflächlich. Ich bin ja auch kein Biologe und versuche daher erst gar nicht, wissenschaftlich genau zu argumentieren. Für welche Erklärung man sich entscheidet, bleibt jedem überlassen. Ich find es aber plausibel, dass je näher wir den Wildtieren kommen, desto näher kommen wir auch deren Viren, die unser Körper nicht kennt. Doch das ist für sehr viele eine unliebsame Wahrheit. Würde ja bedeuten, dass wir unter anderem endlich unseren Konsum umstellen müssten. Dass nicht alles immerzu verfügbar sein muss, dass wir nicht Waren um die ganze Welt verschiffen, die gleichzeitig immer billiger sein müssen, weil wir es so erwarten. Dass es doch besser wäre, auf heimische Produkte zurückzugreifen, eventuell auch etwas mehr dafür zu bezahlen. Im besten Fall bliebe der höhere Preis (oder auch der Wert) dieser heimisch produzierten Waren dann aber auch in unserer Wirtschaft und sollte den ArbeitnehmerInnen in diesen Branchen zu Gute kommen. Daher muss sich jeder von uns fragen: Bin ich bereit, mein Konsumverhalten umzustellen, nicht von heute auf morgen, aber Schritt für Schritt oder warte ich ab, bis es richtig schmerzt und kein Zurück mehr bleibt?



Kommunale Kommunikation als lokale Identität

Nachruf auf den Lokal-Anzeiger Von Professor Dr. Wolfgang Schneider, Beigeordneter der SPD im Gemeindevorstand

Jeden Freitagnachmittag war es soweit: Meine Großmutter bemühte sich zum Briefkasten und kam zurück mit ihrem Heimatblättchen, dem "Lokal-Anzeiger für die Orte der Mainspitze". Und dann las sie, wie sonntags in der Bibel oder werktags im "Lahrer hinkenden Boten". Das war für mich gefühlt schon immer so (auch wenn der Erscheinungstag einmal auf Donnerstag vorverlegt wurde) und hätte gerne auch immer so sein können; aber alles hat ein Ende, auch der "Lokal-Anzeiger", der mit dem Jahr 2019 sein Erscheinen eingestellt hat.

Der "Lokal-Anzeiger" war eine Institution, fast 90 Jahre lang; er war "Amtliches Mitteilungsorgan der Gemeinde Bischofsheim", veröffentlichte allwöchentlich den Polizeibericht, Nachrichten der Kirchen in der Mainspitze, Berichte der Sportvereine und Mitteilungen der Parteien. Er gehörte zu (fast) jedem Haushalt, mit einem Abonnement war man dabei, mitten im Geschehen und in der Tat informiert.

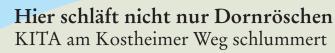
Adam Horst hat die Zeitung 1930 gegründet, sein Schwiegersohn Dieter Press die Tradition fortgesetzt, seine Enkelin Katja war bis zum Schluss dabei, als Christian Sievers, seit 2004 verantwortlich für den Flörsheimer Verlag Dreisbach, das Ende verkündete. Die Beiträge stammten u.a. von Journalisten wie Karl Schließmann und Guido Steinacker, die Fotos u.a. von den Herren Blobner und Goldmann. Geburtstage und Hochzeiten wurden noch angekündigt, meistgelesen waren die Trauernachrichten und die dazugehörigen Anzeigen.

Und dann gab es noch die Rubriken "Vor 25, 40, 50 oder 75 Jahren". Wenn man da mal auftauchte, war klar, man gehört zu den Alten. Einmal im Jahr gab es die Kerbezeitung, zu Weihnachten die Glückwünsche der Vereine, immer wieder Werbung der Gewerbetreibenden. Legendär der Reim: "Ist das Wetter miserabel, Schirme, Stöcke gibt's bei Schnabel". Zum Kultstatus einer ande-

ren Textsorte, formulierte der Architekt und Fastnachter Günther Becker "Spruch der Woche: Wer nix frisst, braucht nix zu koche!"
Der "Lokal-Anzeiger" diente der kommunalen Kommunikation, die Veröffentlichung von Leserbriefen war zelehte Demokration auch wenn der

Veröffentlichung von Leserbriefen war gelebte Demokratie - auch wenn der eine oder andere eher unter die Gürtellinie zielte-, er war ein Medium der politischen Auseinandersetzung und in der Rückschau vor allem ein historisches Dokument lokaler Identität (der Heimat- und Geschichtsverein möge die Beforschung baldigst befördern). Das analoge Format ist dem digitalen Getwitter gewichen und zu fragen ist, ob das, was auf facebook (zum Beispiel in der Gruppe "Bischem - Bischofsheim") so von sich gegeben wird, wirklich dem entspricht, was uns als Gemeinschaft relevant sein sollte.

Ein Glück, dass es junge Unternehmer gibt, die was wagen, im wahrsten Sinne des Wortes auf allen Kanälen und seit geraumer Zeit auch als Zeitung: "Neues aus der Mainspitze" versucht, die Lücke zu schließen und will vierzehntägig ein modernes Heimatblättchen werden. Ich wünsche Axel Schiel und seinem Team viel Erfolg und bin - wie schon meine Großmutter - rechtzeitig am Briefkasten, um die jeweils neueste Ausgabe in Empfang zu nehmen.



In Bischofsheim gibt es zu wenige Kindergartenplätze. Vor über einem Jahr hat die Gemeindevertretung beschlossen das Gebäude der ehemaligen neuapostolischen Kirche am Kostheimer Weg zu kaufen. Ob es pädagogisch und wirtschaftlich sinnvoll ist, dort eine "Kleinst-KITA" mit 20 Kindern unterzubringen, darüber kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Unabhängig davon liegt das Gelände auch ein Jahr nach dem Beschluss noch immer im tiefen Dornröschenschlaf. Warum weckt unser Bürgermeister es nicht endlich auf?



Wie am Berliner Flughafen

Aufzüge am Bahnhof müssen endlich erneuert werden

"Sie gehen, sie gehen nicht, sie gehen, sie gehen nicht" – es nervt. Wer mit dem Kinderwagen, dem Rollator, Rollstuhl oder einfach nur mit schweren Koffern unterwegs ist, der hat in den vergangenen Jahren "mehrfach Frust geschoben", wenn er an den Bischofsheimer Bahnhof kam. Und das hatte einen Grund: die Aufzüge. In guter Absicht und damals vorausschauend beim Neubau des Bahnstegs eingebaut, haben sie zwischen 2003 und heute gefühlt zehn Jahre ihren Dienst nicht verrichten können. Genauso lange dauert der Streit zwischen der Gemeinde Bischofsheim, der Bahn und den ausführenden Unternehmen: wer ist verantwortlich – und vor allem: wer zahlt. "Es sind die Menschen aus unserem Ort", so die SPD-Vorsitzende Kerstin Geis, "die dafür bezahlen und zwar indem sie die Aufzüge nicht nutzen können". Mit diesem Flickwerk der vergangenen Jahre muss jetzt endgültig Schluss sein. Bürgermeister Kalweit muss jetzt endlich handeln und die Mittel im Haushalt der Gemeinde für neue Aufzüge nutzen.



Kleingärten müssen bleiben

Angst um die Scholle im Grünen
Ein besonderes Beispiel für die Verschleppungstaktik von
Bürgermeister Kalweit findet sich unweit vom Bischofsheimer Friedhof. "Seit drei Jahren weiß er, dass die Gärten verschwinden müssen, wenn es keinen Bebauungsplan gibt – bis
heute hat er darüber weder die Ausschüsse informiert, noch
die Planung auf den Weg gebracht". Für so ein Verhalten hat
Karsten Will, der stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion, nur
Kopfschütteln übrig – und ergänzt: "wenn wir jetzt nicht
schnell handeln, dann verlieren die Menschen dort im Herbst
2021 ihre liebevoll gepflegten Kleingärten – aber das werden
wir verhindern".

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Gemeindevorstand und den Bürgermeister:

- 1. Seit wann ist Ihnen dieses Thema bekannt?
- Welche Maßnahmen wurden danach ergriffen
- (bitte zeitliche Abfolge nennen)?3. Warum wurde bisher noch kein Bebauungsplanverfahren eingeleitet?
- 4. Was waren die Hinderungsgründe?5. Wurden die betroffenen MitbürgerInnen darüber
- informiert (wenn "ja" bitte "wann")
- 6. Wann soll ein Aufstellungsbeschluss gefasst werden?
 7. Sind dafür Mittel im Haushalt 2021 vorgesehen?
- 8. Ist dem Bürgermeister bewusst, dass durch "Aussitzen" die Gärten/Hütten entfernt werden müssen?

Von den Antworten wird die SPD-Fraktion ihre weiteren Aktivitäten abhängig machen. Ziel ist es aber, dass die vielen Kleingärten erhalten bleiben.



Fahrradbrücke am "Pekingweg" Sinnvolle Fahrradverbindung statt Luft-

nummern im Haushalt
Führungsstärke könnte Bürgermeister Ingo Kalweit zeigen,
wenn er sich für den Bau einer dringend benötigten Fußgänger- und Radfahrerbrücke am "Pekingweg" einsetzen
würde. Seit zwei Jahren ist bekannt, dass die ehemalige
Bauernbrücke am Radweg zwischen dem EisenbahnerSportverein und dem Bahnhof marode ist und abgerissen
werden muss.

Vorausschauende Planung hätte bedeutet, dass man parallel zu den Abrissplanungen auch an den Neubau einer Radund Fußwegeverbindung denkt. Wir reden davon, dass die Radmobilität ausgebaut werden soll, wenn sich dafür aber eine Chance bietet, dann wird diese leichtfertig verpennt.

Seit Herbst 2018 weiß Bürgermeister Ingo Kalweit, dass die Gemeinde für weniger als 200.000,- Euro eine komplette Radfahrer- und Fußgängerbrücke bekommen kann, damit der "Pekingradweg" wieder genutzt werden kann. Und das beste dabei: 70% dieser Kosten wären förderfähig gewesen. Getan hat sich aber trotz beschlossener Haushalte nichts

SPD

"Jung, engagiert und voller Tatendrang" Bischofsheimer SPD nominiert Josephine Wandt für den neuen Kreistag

"Brave Mädchen kommen in den Himmel," - der einem Buchtitel entliehene Spruch ist in Deutschland seit Jahren bekannt. Er ziert T-Shirts und Sticker und passt auch in die Mainspitze. Josphine Wandt (21), Studentin der Politikwissenschaften und von Kindesbeinen an politisch interessiert will nicht "...... überall hin", sondern im kommenden Jahr in den Kreistag nach Groß-Gerau. Einen großen Schritt hat sie jetzt gemacht. Die Bischofsheimer Sozialdemokraten nominierten sie auf Platz 1 ihrer Vorschlagsliste und damit hat Josefine, die überall nur Josy genannt wird das Ticket so gut wie sicher. Trotz ihrer Jugend bringt sie bereits viel Erfahrung mit, denn im Ortsvereinsvorstand und bei den Jusos ist sie schon länger aktiv. Wenn man sie fragt, was ihre Schwerpunktthemen sind, dann sprudelt es nur so aus ihr heraus: der zunehmende Rassismus in unserer Gesellschaft und was man dagegen tun kann sowie die aktuellen Herausforderungen um das Thema

Auf Platz zwei der Bischofsheimer Liste steht mit Brigitte Raab – vom Alter her – das genaue Gegenteil von Josefine Wandt. In Sachen Aktivitäten steht sie ihr aber in nichts nach. Seit Jahren sind der engagierten Gemeindevertreterin, die vor zwei-Jahren in die Kreistagsfaktion nachrückte, keine Arbeiten zu viel. Ob es um das Austragen von Flyern oder das Plakatieren im Ort geht: Brigitte Raab, die bemerkenswert schnell schreiben und reden kann und aus ihrem Herzen nie eine Mördergrube macht – ist immer bereit neue Aufgaben zu übernehmen.

Aber auch die weiteren Angebote der örtlichen SPD können sich sehen lassen. So wurde auf Platz drei der Fraktionsvorsitzende Rüdiger Maurer nominiert und auf Platz vier ist die ehemalige Bürgermeisterin Ulrike Steinbach zu finden. Der Listenvorschlag aus der Eisenbahnergemeinde wird mit einem politischen Ehepaar abgerundet: Caroline und Karsten Will machen die Liste komplett.

Wo genau sich die Kandidatinnen und Kandidaten aus Bischofsheim wiederfinden werden, entscheidet ein Unterbezirksparteitag im November. Klar ist aber auch, dass die zwei bekanntesten Vertreter aus Bischofsheim noch dazu kommen werden: Landrat Thomas Will und Landtagsabgeordnete Kerstin Geis, die im Kreis auch als Fraktionsvorsitzende tätig ist, gelten als "gesetzt".

Wirtschaftsförderung Chefsache?

...davon ist nichts zu sehen In Zeiten von "Corona" fällt es wieder einmal deutlich auf: die Wirtschaftsförderung in Bischofsheim liegt am Boden. Obwohl es "Chefsache" ist passiert nichts.

Im Rathaus unserer Gemeinde gab es bis vor drei Jahren einen ausgewiesenen Fachmann, der sich um die Ansiedlung von neuen Unternehmen in unserer Gemeinde bemühte. Bestens vernetzt mit der Wirtschaftsförderung beim Kreis Groß-Gerau und der "Standortmarketing Rhein Main" in Frankfurt sorgte er dafür, dass sich in unserem Industrie- und Gewerbegebiet "Schindberg" viele neue Firmen ansiedeln konnten. Arbeitsplätze und Gewerbesteuereinnahmen waren die Folge. Wenn man berücksichtigt, dass er dieser Aufgabe nicht "hauptamtlich", sondern als "Nebentätigkeit" (für kleines Geld) nachkam, dann ist dies umso bemerkenswerter.

Dann kam die Bürgermeisterwahl und der neue Chef im Rathaus erklärte Wirtschaftsförderung zur "Chefsache". Beratung und Unterstützung brauche er nicht – schließlich sei er viele Jahre als Justiziar bei einem mittelständigen Unternehmen beschäftigt gewesen.

Drei Jahre später müssen wir feststellen:

Es tut sich nichts. Eine Spielhalle kann ja wohl nicht wirklich das gewollte Ergebnis einer halben Amtsperiode sein.

Fragen müssen erlaubt sein:

Herr Bürgermeister,

- wie fördert die Gemeinde den Erhalt von bestehenden Unternehmen?
- wie werden Gründer in Bischofsheim gefördert?
- wie unterstützt die Gemeinde Unternehmen, die durch "Corona" in Schieflage geraten sind?
- warum wurde die Gewerbesteuer nicht gesenkt?
 wie werden wieder mehr Arbeitsplätze in Bischofsheim geschaffen?
- wie soll die noch verbleibende Gewerbefläche genutzt werden?

Es reicht nicht aus eine Sache zur Chefsache zu erklären, sondern man muss Inhalte umsetzen.

Eine aktive Wirtschaftsförderung durch Menschen die Erfahrung und Netzwerke haben ist dringend geboten. Bitte korrigieren Sie ihren Fehler von vor drei Jahren. Es geht um die Zukunft unserer Gemeinde.

Er redet viel und handelt nicht Bürgermeister verschläft Entwicklung der Bücherei

Mainspitze



Es war die CDU selbst, die den Bürgermeister vor mehr als einem Jahr im Kulturausschuss der Gemeindevertretung befragte, wie es denn um die Einführung der Online-Ausleihe in der Bücherei stehe. Mehr als 100 Bibliotheken haben fast 100.000 Bücher und Videos online zu verleihen, rund um die Uhr, auch im Urlaub. Fünf Kommunen im Kreis verweisen auf mehr Ausleihen und mehr jüngere Nutzer. Aber in Bischofsheim tut sich nix; gerade in Zeiten von Corona wäre es jetzt so wichtig, kontaktlos das Lesen zu fördern. Der Chef der Verwaltung redet viel und handelt wenig; obwohl die politischen Beschlüsse gefasst sind und Mittel zur Finanzierung zur Verfügung stehen!

"Das Bürgerhaus ist unverzichtbar"

Kerstin Geis: Panikmache der BFW und Konzeptlosigkeit bei Bürgermeister

Bischofsheim im Herbst des Jahres 2011: Bürgermeisterin Ulrike Steinbach ist seit wenigen Monaten im Amt und im Rahmen ihrer "100 Tage Bilanz" blickt sie bereits weit nach vorn. Sie sieht, dass das Bürgerhaus in die Jahre gekommen ist und es in den kommenden Jahren mit einfachen Verschönerungsarbeiten nicht getan ist. Sanieren oder neu bauen lautet die Frage und im Herbst 2012 liegt das Gutachten vor, das diese Frage eindeutig beantwortet: der Neubau ist wirtschaftlicher.

5,7 Millionen Euro für die Sanierung stehen 7,68 Millionen Euro für den Neubau gegenüber. Bürgermeisterin Steinbach weiß zwar, dass langfristige Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eindeutig für diese Variante spricht, auch weil das alte Haus so lange von Vereinen und allen Gruppen genutzt werden kann, bis das neue Haus steht. Das reicht ihr aber nicht aus. Sie verhandelt mit der Hessischen Landesregierung und kann mehr als zwei Millionen Euro aus Wiesbaden "locker machen". Diese gibt es aber nur für einen Neubau – nicht für eine Sanierung, denn die ist nicht wirtschaftlich, sagt auch die WIBank, die Förderbank des Landes Hessen – und die sollte eigentlich unverdächtig sein.

Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, gab es nicht nur im politischen Bischofsheim massiven Gegenwind, der dazu beitrug, dass das Zukunftsprojekt immer weiter aufgeschoben wurde. Prüfungen, Gegengutachten, angedrohte Bürgerbegehren – erst im Winter 2015 fand sich in der Gemeindevertretung eine Mehrheit für das Neubauprojekt. Diese sollte aber die Kommunalwahl 2016 nicht überleben. CDU und BFW, damals noch in inniger Freundschaft verbunden, kippten den Beschluss und taten so, dass das Bürgerhaus mit wenigen zehntausend Euro gerettet werden könnte. An der Spitze der Bewegung: Ingo Kalweit, damals noch Fraktionsvorsitzender der CDU.

Ein gutes Jahr später ist er selbst Bürgermeister in der Eisenbahnergemeinde – am Bürgerhaus tut sich jedoch nichts. Aus der Freundschaft zwischen den "Schwarzen" und den "Blauen" ist zwischenzeitlich eine innige Feindschaft geworden. Und jetzt erkennt Bürgermeister Kalweit seinen Fehler, das Bürgerhaus ist in die Jahre gekommen, seine Lebensdauer begrenzt – und: man muss 5,6 Millionen Euro investieren um es zu sanieren – mehr als zehnmal so viel wie vor der Kommunalwahl versprochen.

Sechs Jahre vorher hatte dies seine Vorgängerin schon erkannt und musste sich dafür von ihm heftige Vorwürfe gefallen lassen. Jetzt im Sommer 2020 sind die Fördermittel weg, am Jahresende 2018 waren sie endgültig verfallen und Bischofsheim muss für diesen "Kalweitfehler" 5,6 Millionen Euro bezahlen. Bei den Sozialdemokraten gibt es große Zweifel, dass die Summe ausreicht, denn die Baupreise sind in dieser Zeit stark angestiegen, bemerkt Vorsitzende Kerstin Geis.

Dass uns neben den Landesmitteln auch die Chance genommen wurde einen zukunftsfähigen Kindergarten zu bauen und wir jetzt mit einem viel zu teuren Provisorium in der Wiesbadener Straße zufrieden sein müssen, schmerzt ebenfalls, so die Landtagsabgeordnete.

"Herr Kalweit muss seinen Fehler eingestehen und nachvollziehbar auflisten wie es jetzt weitergehen soll. "Zur Halbzeit seiner Amtszeit hat er nichts vorzuweisen. Die von ihm und der CDU vor drei Jahren vollmundig verkündeten Sanierungsabsichten sind gänzlich verpufft". Wenn jetzt nicht gehandelt wird, dann schlittern wir in ein Millionengrab das einzig der amtierende Bürgermeister zu verantworten hat".



